

«Ich hätte gerne frecher und offensiver kommuniziert»

Bernard Lehmann / Nach acht Jahren ist seine Zeit als Direktor des Bundesamts für Landwirtschaft (BLW) zu Ende. Mit der BauernZeitung blickt er zurück.

Herr Lehmann, der Umstieg aus dem Elfenbeinturm ETH in die Niederungen der Landwirtschaft war ein brusker, haben Sie ihn je bereut?

Bernard Lehmann: Diese Frage wurde mir in den vergangenen acht Jahren immer wieder gestellt, und ich konnte sie immer mit einem «Nein» beantworten. Ich habe meine Tätigkeit als BLW-Direktor sehr gerne ausgeübt, obwohl es manchmal etwas stressig gewesen ist.

Die Umgangsformen in der Landwirtschaft sind rauer als an einer Universität. Wie sind Sie damit umgegangen?

Ich habe bereits als ETH-Professor Erfahrungen mit dem rauen Wind gemacht. Ich erinnere mich an den Titel eines Artikels des damaligen SMP-Direktors nach der Veröffentlichung einer Studie, der lautete: «Wissenschaftliche Marginalien aus Zürich». Von daher hatte ich schon eine Vorahnung auf das, was mich beim BLW erwartet. Zudem habe ich die Agrarpresse bereits als ETH-Professor verfolgt. Ich kannte also die Tonalität.

Die Angriffe waren teilweise sehr persönlich.

Damit konnte ich gut umgehen. Für mich war die Kultur der Gespräche in Ordnung. Ich hatte Freude am Diskurs. Mit den Landwirten bin ich gut klang gekommen.

Ihr «Vermächtnis» AP 22+ müssen Sie unfertig zurücklassen. Ist das unbefriedigend?

Die Vernehmlassung der AP 22+ hat die Vorlage in meinen Augen verbessert. Wir haben gute Inputs erhalten. Im August folgt die Beurteilung der Vernehmlassungsergebnisse durch den Bundesrat. Ich freue mich, dass wir ihm gute Vorschläge präsentieren können. Dann sind die Eckpfeiler gesetzt und es geht an die Ausarbeitung der Botschaft. Danach folgt die parlamentarische Phase und erst dann die Umsetzung. Es ist also nicht nötig, bis zum Schluss dabei zu sein.

Sie haben das praktisch fertige Paket AP 14–17 von Ihrem Vorgänger Manfred Bötsch

übernommen. Wäre es für Sie einfacher gewesen, den Prozess vom Start her zu begleiten?

Es hat eine Weile gedauert, bis ich mich bis ins letzte Detail mit der AP 14–17 identifizieren konnte. Ich habe mich zunächst schwer getan mit der Vielfalt an Direktzahlungen. Ich musste mir zuerst einmal über die verschiedenen Massnahmen ein Bild machen. Aber ich hatte eine positive Einstellung. Am meisten Mühe hatte ich mit den Landschaftsqualitätsbeiträgen. Die Lösung für mich waren gute Beispiele aus Kantonen. Eine Reformetappe ist ein langer Prozess. Und Reformen sind nicht an eine Person gebunden.

Es ist ja schon erstaunlich, wie die AP 14–17 immer plötzlich verteidigt wird. Hat Sie der Wandel erstaunt?

(Schmunzelt) Diesbezüglich wurde ich von meinem Vorgänger Manfred Bötsch und auch von Edi Hofer vorgewarnt. Es ist der Branche, den Bauern und dem BLW gelungen, aus der AP 14–17 etwas zu machen, das getragen wird. Diese Agrarreform war eine ziemliche Umstellung. Nicht nur der administrative Aufwand hat die Leute beschäftigt. Auch die verschiedenen Arten von Direktzahlungen, die sich zum Teil sogar beissen, mussten zuerst verstanden werden. Es ging lange, bis die AP 14–17 verstanden wurde.

250 Millionen sollen von der Versorgungssicherheit in die Produktionssystembeiträge umgelagert werden. Hat sich dieser Vorschlag in die Botschaft retten können?

Ja, dieser Vorschlag wurde in der Vernehmlassung unterstützt. Voraussetzung ist, dass die Umsetzung administrativ einfach bleibt. Bei den Produktions-

systembeiträgen haben wir uns vom Punktesystem der IP-Suisse inspirieren lassen. Gegenwärtig werden zusammen mit den interessierten Kreisen die Details entwickelt. Die Idee ist, bei den Produktionssystemen Module vorzuschlagen. Das heisst, dass es beim Herbizid beispielsweise die Möglichkeit gäbe, den Einsatz stufenweise zu reduzieren: zuerst 25 Prozent weniger, als nächste Stufe 50 Prozent usw. Wenn es nicht funktioniert, rutscht man ohne Sanktionen wieder eine Stufe tiefer. Der Landwirt hat einfach weniger erreicht, und im nächsten Jahr kann er es wieder probieren. Er muss natürlich korrekt melden.

Begrüssen Sie es, dass die Pflanzenschutz-Initiativen Druck machen?

Der Bundesrat hat den Aktionsplan Pflanzenschutzmittel im Juli 2017 verabschiedet. Bis der Bundesrat etwas verabschiedet, vergehen ungefähr zwei Jahre. Der Massnahmenplan wurde also bereits erarbeitet, bevor man überhaupt gewusst hat, dass für diese Initiativen gesammelt wird. Wir entwickeln uns weiter, auch ohne Initiativen. Es gibt immer neue Er-

kenntnisse bei den Pflanzenschutzmitteln, die dazu geführt haben, dass wir innert weniger Jahre 148 Mittel aus dem Sortiment genommen haben.

Sind Initiativen unnötige Störmanöver?

Bei manchen Initiativen finde ich es vor allem wichtig, dass sie nicht angenommen werden. Sie hätten einen viel zu negativen Einfluss auf die Schweizer Landwirtschaft. Wenn ich mir unsicher bin, wähle ich die globale Perspektive. Viele der vorgeschlagenen Initiativen könnte sich die Welt niemals leisten. Das würde zu Hungersnöten führen und wäre global betrachtet vollkommen unethisch. Mit der AP 22+ haben wir bereits einige Anpassungen in die Richtung der aktuellen Initiativen gemacht.

Gibt es etwas, worauf Sie besonders stolz sind?

An der ETH habe ich mich am Schluss sehr viel mit der wachsenden Bevölkerung und dem steigenden Bedarf an Lebensmitteln befasst. Ich habe immer gesagt, dass es eines Tages knapper wird. Und dann übernehme ich eine Agrarpolitik, die Anreize in Richtung

Ökologie setzt. Ich musste mich daran gewöhnen, dass sich die nationale von der globalen Sichtweise unterscheiden kann. Ich denke, ich habe einen Beitrag geleistet, dass das Wort Ernährungssicherheit seinen Weg in die Schweiz gefunden hat. Ich bin sehr stolz, dass die Ernährungssicherheit in meiner Zeit in der Bundesverfassung verankert worden ist. Das gibt der Landwirtschaft in der Schweiz auf lange Zeit eine Zukunft.

Was hat Sie am meisten geärgert?

Das BLW gibt viel Geld aus, das nicht zu den Bauern geht, sondern an Organisationen. Mit der Absatzförderung unterstützen wir verschiedene Projekte. Das BLW wird oft kritisiert und dabei wird nicht realisiert, dass Kampagnen wie beispielsweise «Gut, gibt's die Schweizer Bauern» zur Hälfte mit Bundesgeldern finanziert wird. Wir können uns zu wenig gut verkaufen. Zudem hätte ich es begrüsst, wenn ich etwas frecher und offensiver hätte kommunizieren dürfen. Aber als Chef der Verwaltung hat man einen strengen Kodex für die Kommunikation. Dadurch tritt man in den Hintergrund.

Nach der Präsentation der Gesamtschau hat man gemerkt, dass Sie sehr gerne selbst kommuniziert hätten. War das ein Tiefpunkt?

Es ist schade, dass die Gesamtschau so schlecht eingeordnet wurde. Am meisten hat man sich über den Abbau von 30 bis 50 Prozent der Preisdifferenz zum Ausland aufgeregt. Wenn man das auf die Preise überträgt, entspricht das noch 10 bis 15 Prozent. Das sind Schwankungen, die man zum Teil bereits heute hat. Daher hatten wir objektiv betrachtet mit dem Vorschlag keine Schwierigkeiten. Die Landwirtschaft aber schon.

Sie haben mit zwei Bundesräten zusammengearbeitet. Können Sie diese charakterisieren?

Es gibt viele Gemeinsamkeiten. Bei beiden ist und war ein gegenseitiger grosser Respekt vorhanden, die gegenseitige Anerkennung von Qualitäten. Mit beiden habe ich ein gutes Einvernehmen, auch zwischenmenschlich. Einen Unterschied, den man vielleicht erwähnen darf: Herr Parmelin ist vom Fach, dadurch kann man schneller über Details diskutieren. Vorher waren andere Themen spannend. Vergleichen kann man nicht. Wichtig ist, dass man absolut loyal ist.

Gibt es eine Entwicklung, die Sie erstaunt hat?

Die Anzahl Initiativen hat mich erstaunt. Schon vor 25 Jahren gab es eine solche Phase: Kleinbauern, Zuckerbeschluss usw. waren grosse Themen. Die Landwirtschaft war zu diesem Zeitpunkt extrem unter Beschuss. Die Landwirtschaft war ihrerseits mit vielen Dingen nicht einverstanden und hat vehement protestiert. Beispielsweise 1991 gegen das Gatt in Genf. Da war die Landwirtschaft aufmüppig. Jetzt ist wieder die Gesellschaft aufmüppig. Vielleicht sind es Zyklen.

Was haben diese Initiativen gemeinsam?

Die Initiativen der letzten fünf Jahre haben alle eine Wunschvorstellung der Landwirtschaft: Sie muss bäuerlich sein, sie soll Geld verdienen können und sie soll naturnah produzieren. Vor allem der letzte Punkt ist stärker geworden. Das hat mich erstaunt. Plötzlich scheint man nicht mehr zu verstehen, dass die Forderungen gar nicht gleichzeitig erfüllbar sind.

Was geben Sie Ihrem Nachfolger mit auf den Weg?

Wenn mein Nachfolger das ausgeschriebene Stellenprofil in allen Punkten erfüllt, dann braucht er keine Ratschläge von mir (lacht). Erstens: Man muss die Landwirtschaft und die Bauern gern haben. Das kann man nicht herbeizubauern. Das ist mir leicht gefallen, da ich aus der Landwirtschaft komme. Zweitens braucht es Geduld, um zu lernen, zu verstehen, zuzuhören und erklären zu können. Ich wünsche ihm oder ihr Ausdauer. Man muss einstecken können und nicht alles persönlich nehmen.

Wohin verschlügt es Sie?

Das ist noch nicht offiziell. So viel kann ich verraten: Ich werde teilweise im internationalen Umfeld arbeiten und ich werde, wie kann es anders sein, mich mit nachhaltiger Ernährungssicherheit befassen. *Interview Julia Overney und Adrian Krebs*

Bernard Lehmann will noch nicht verraten, wohin er nach seiner Zeit beim BLW geht. *(Bild Joy)*

ZUR PERSON

Von 1973 bis 1977 absolvierte Bernard Lehmann das Studium der Agrarwissenschaften. Von 1987 bis 1991 war er stellvertretender Direktor des Bauernverbands. Vor seinem Amtsantritt beim BLW war er 20 Jahre als Professor für Agrarökonomie an der ETH Zürich tätig. Lehmann ist zweisprachig, Bauernsohn, verheiratet und Vater von zwei Kindern.

